

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

Ausschuss für Wirtschaft

Niederschrift

über die 30. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft am 24.04.2013 in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde, Kreisaus-schusssaal

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Martina Borgwardt

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Helmut Barthel
Herr Thomas Czesky
Herr Dr. Ralf von der Bank
Herr Hermann Kühnapfel

Sachkundige Einwohner

Herr Jens Bärmann

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Falk Kubitzka
Herr Roland Scharp
Herr Dr. Rainer Reinecke
Herr Andreas Noack

Sachkundige Einwohner

Herr Winand Jansen
Herr Jürgen Schlösser

Vertreter der Kreisverwaltung

Frau Gurske, Erste Beigeordnete

Herr Trebschuh, Wirtschaftsförderungsbeauftragter und Leiter des Amtes Wirtschaftsförderung und Beteiligungsmanagement
Frau Lehmann, Amt Wirtschaftsförderung und Beteiligungsmanagement, Sachgebietsleiterin Arbeitsmarktpolitik
Herr Penquitt, Amt Wirtschaftsförderung und Beteiligungsmanagement, Projektleiter Breitband und Netzwerk
Herr Scheidler, Amt Wirtschaftsförderung und Beteiligungsmanagement, SGL Tourismus
Frau Seidel, Amt Wirtschaftsförderung und Beteiligungsmanagement, SB Beteiligungsmanagement
Frau Kuhmann, Amt Wirtschaftsförderung und Beteiligungsmanagement, Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 27.02.2013
- 4 Anfragen der Abgeordneten
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur SWFG mbH
- 7 Antrag der Fraktionen VF und CDU zur Verwendung der Erlöse aus dem Verkauf der MBS-Immobilien 4-1513/13-KT/1
- 8 Haushalt 2013 und Beschlussempfehlung an den Kreistag
- 9 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung

Frau Borgwardt begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und sachkundigen Einwohner recht herzlich. Frau Borgwardt informiert, dass der Dringlichkeitsantrag Nr. 4-1513/13-KT der Fraktionen VF und CDU zur Verwendung der Erlöse aus dem Verkauf der MBS-Immobilien auf die Tagesordnung gesetzt wird und als TOP 7 behandelt wird.

TOP 2

Einwohnerfragestunde

Es liegen weder schriftliche noch mündliche Anfragen von Einwohnern vor.

TOP 3

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 27.02.2013

Es gab keine Einwendungen.

TOP 4

Anfragen der Abgeordneten

Herr Dr. von der Bank übergibt aus dem Internet einen Abschlussbericht vom Ingenieurbüro Störzel aus Berlin. Der Sachverständige Dipl.-Ing. Störzel hat für die World of Fonds Initiator GmbH Wertgutachten zum Verkehrswert der einzelnen Immobilien des Teltow-Fläming Substanz-Portfolios zum Bewertungsstichtag 31.07.2011 erstellt. Er teilt mit, dass die Summe der einzelnen Wertgutachten einen Gesamtverkehrswert von 18.100.150,- € ergibt und damit deutlich über dem jetzt erzielten Verkaufswert liegt.

Herr Dr. von der Bank bittet um Erläuterung des Sachverhaltes in der nächsten Sitzung des Ausschusses und Beantwortung, warum die Höhe des Wertgutachtens deutlich über dem jetzt erzielten Verkaufswert der MBS-Immobilien liegt.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Gurske teilt mit, dass die Vorschläge der PwC (Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Pricewaterhouse Coopers) in bezug auf ihre Haushaltsrelevanz 2013 überprüft wurden. Die von der Firma PwC vorgeschlagenen Maßnahmen reichen nicht, um eine schwarze Null des Haushalts für das Jahr 2013 zu realisieren. Sie informiert, dass bislang keine Rückläufe aus den Ausschüssen zu erwarten sind. Da der Haushaltsplan 2013 im Juni dieses Jahres fertiggestellt werden soll, wurden die Dezernate aufgefordert, als Variante der Haushaltseinsparung eine pauschale Minderausgabe über die Aufwendungen in Höhe von 2,6 % (ausgenommen Personalkosten) vorzunehmen. Sie betont, dass diese Summe ausreichen würde, um das Haushaltsdefizit in Höhe von 4,1 Mio. € auszugleichen. Durch die Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes und Genehmigung des Haushaltsplanes können zukünftig auch wieder die Investitionsmittel in Anspruch genommen werden, die aufgrund der Nichtgenehmigung des Haushalts zurückgestellt wurden.

Herr Barthel richtet die Frage an Frau Gurske, ob sich diese pauschale Minderausgabe auf die Bereiche oder auf die Produkte bezieht.

Frau Gurske antwortet, dass nicht bei jedem Produkt 2,6 % geltend gemacht werden kann und die Deckungsfähigkeit bestimmter Produkte gewährleistet werden muss. Sie weist darauf hin, dass den jeweiligen Fachbereichen überlassen wird, wo diese Kürzung vorgenommen wird, weil diese in einer gewissen Haushaltsverantwortung stehen.

Herr Kühnapfel fragt nach, ob mit einer 1-prozentigen Erhöhung der Kreisumlage zu rechnen ist.

Frau Gurske entgegnet, dass von einer 1-prozentigen Erhöhung ausgegangen wird.

TOP 6

Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur SWFG mbH

Frau Gurske berichtet, dass zur Umsetzung des KT-Beschlusses vom 05. November 2012 unter Leitung der Ersten Beigeordneten eine Arbeitsgruppe aus Wirtschaftsförderungsamt, Rechnungsprüfungsamt, Kämmerei und juristischem Sachbearbeiter gebildet wurde. Ziel ist es, sicherzustellen, dass der bei der SWFG mbH verbliebene Immobilienbestand und die Kreditverpflichtungen der SWFG mbH den Kreis als Hauptgesellschafter nicht in seiner Haushaltskonsolidierung belasten. Den Abgeordneten wurde am 22.04.13 bei der KT-Sitzung eine Informationsvorlage (KT-Nr. 4-1509/13-LR) übergeben, über die auch heute diskutiert werden soll. In dieser Vorlage sind folgende Punkte zu beachten:

1. Bei der Übernahme des Immobilienbestandes der SWFG mbH sind zwei Varianten im Gespräch:
 - a) Bildung eines Eigenbetriebes zur Bewirtschaftung des Immobilienbestandes der SWFG inklusive Übernahme der Kreditverpflichtungen
 - b) Bildung eines Eigenbetriebes „Gebäudemanagement“ mit der Aufgabe der Bewirtschaftung aller Immobilien des Kreises und der SWFG mbH inklusive Übernahme der Kreditverpflichtungen der SWFG mbH
2. Der Kreis prüft die rechtlichen Voraussetzungen und finanziellen Auswirkungen für den Fall, die SWFG mbH in eine Besitzgesellschaft umzuwandeln.
3. Alternative Weiterführung der „Rest-SWFG“

Frau Gurske betont, dass die Auflösung der SWFG mbH größtmögliche Klarheit bringen würde, jedoch müssten hierfür Mittel in erheblicher Höhe aus dem Kreishaushalt aufgewendet werden. Die vorgeschlagenen Varianten werden Anfang Mai 2013 mit dem Ministerium des Innern des Landes Brandenburg erörtert.

Herr Kühnapfel bezieht sich auf den Punkt 4, Seite 8, letzte Zeile, „Die Neubesetzung des Geschäftsführers ist erforderlich.“ Er fragt nach, warum es noch keinen neuen Geschäftsführer der Rest-SWFG gibt. Er plädiert dafür, eine Interimslösung herbeizuführen und jemanden aus der Kreisverwaltung, z. B. Herr Trebschuh, zu beauftragen, um so auf diesem Wege Geld einsparen zu können.

Frau Gurske verweist auf das Organigramm auf Seite 9. Dort ist dargelegt, dass es die Überlegung gibt, die Geschäftsführung der Rest-SWFG und des Biotechnologieparks in einer Person zusammenzuführen. Sie erwähnt, dass ab Ende 2014 die Chance dafür gegeben ist, denn Herr Weber wird das Unternehmen aus Altersgründen verlassen. Dann könnte nach Ausschreibung mit einem entsprechend dotierten Verantwortlichen die Rest-GmbH/Biotechnologiepark als gemeinsames Unternehmen geführt werden. Sie betont, dass momentan noch keine Entscheidungen zu weiteren Personalangelegenheiten möglich sind und auch das Votum der Aufsichtsratssitzung der SWFG mbH von Bedeutung ist.

Herr Kühnapfel kritisiert, dass seitens des jetzigen Geschäftsführers bereits Namen benannt bzw. Räume im Biotechnologiepark eingeteilt wurden.

Frau Gurske berichtet, dass die Rest-SWFG Anfang Mai 2013 in den Biotechnologiepark ziehen wird, weil die Büroräume in Jüterbog zu den sogenannten MBS-Immobilien gehören und verkauft wurden. Der neue Eigentümer hätte im Juni 2013 entsprechende Mietforderungen geltend gemacht. Sie vertritt die Meinung, dass Herr Vogler als Geschäftsführer Vorstellungen bzw. Vorschläge zur weiteren Vorgehensweise geben kann und ein guter Gesprächskontakt besteht.

Herr Barthel stimmt Herrn Kühnapfel zu, dass das Prozedere mit der Rest-SWFG nicht der jetzigen Geschäftsführung überlassen werden sollte. Er vertritt die Meinung, dass spätestens ab Juni 2013 die Geschäftsführung in der jetzigen Form nicht mehr notwendig ist. Des Weiteren möchte er wissen, wie es kurzfristig mit der SWFG mbH weitergeht bzw. ob es einen Zeitplan gibt.

Frau Gurske legt dar, dass zeitnah Anfang Mai 2013 der Termin mit dem Ministerium des Innern des Landes Brandenburg sehr schnell Klarheit bringen soll, welche Varianten weiter verfolgt werden. Die Aufsichtsratssitzung der SWFG mbH und letztendlich die Gesellschafterversammlung der SWFG mbH müssen bei der Wahl der entsprechenden Variante einbezogen werden und eine Entscheidung treffen.

Herr Barthel stellt klar, dass ein erheblicher Betrag in die SWFG mbH fließt. Er fragt nach, ob wir uns das in der derzeitigen Haushaltssituation leisten können und ob es erforderlich ist, dass Herr Vogler noch weitere ein bis zwei Monate als Geschäftsführer der SWFG mbH tätig ist.

Frau Gurske bekräftigt, dass solange noch keine Entscheidung über die Struktur der Rest-SWFG getroffen wurde, kann auch keine Auskunft über das weitere Vorgehen bei der Geschäftsführung gegeben werden. Fest steht jedoch, dass die Geschäftsführung der Rest-SWFG wie in der bisher praktizierten Weise nach Verkauf der MBS-Immobilien so nicht weiter geführt wird.

Herr Dr. von der Bank betont, dass durch den Verkauf der MBS-Immobilien ein Kosteneinsparungspotential zugunsten der SWFG mbH für den Kreishaushalt erreicht wurde. Er vertritt die Meinung, dass jetzt auch der Zeitpunkt gekommen ist, um zu handeln und die Geschäftsführung der Rest-SWFG neu festzulegen.

Herr Barthel bezieht sich auf Seite 4: „Voraussetzung für den Erwerb der Immobilien (einschließlich Biotechnologiepark) mit ihren „Lasten“ ist die Zustimmung des Innenministeriums, da der neu zu gründende Eigenbetrieb mit einer Verschuldung von ca. 19,0 Mio. EUR und einem geringen Anlagevermögen (Einbringung der erworbenen Liegenschaften von der SWFG mbH in den Eigenbetrieb) gegründet wird.

Herr Barthel äußert sich, dass die dargestellten Zahlen nicht nachvollziehbar sind und bittet um Aufstellung von konkreten Zahlen. Er plädiert dafür, nicht die Rest-SWFG in den Landkreis zu übernehmen, sondern als eigenständige Gesellschaft zu betreiben. Eine zusätzliche Belastung des Kreishaushaltes könnte somit verhindert werden.

Herr Kühnapfel richtet die Frage an Frau Gurske, warum bei einer Verschuldung von 28 Mio. € der SWFG mbH nur 6 Mio. € oder 7 Mio. € getilgt werden sollen. Er stellt den Antrag,

die gesamte Summe der Erlöse aus den MBS-Immobilien zu tilgen und jährlich zu untersuchen, welche finanziellen Mittel die Rest-SWFG benötigt.

Frau Gurske antwortet, dass zur nächsten Aufsichtsratssitzung am 22. Mai 2013 Herr Vogler beauftragt wurde, mehrere Varianten zur Diskussion vorzulegen. Es ist noch keine Entscheidung absehbar, wie mit den restlichen finanziellen Mitteln verfahren wird. Die 7 Mio. € müssen abgelöst werden, da sie unmittelbar an die verkauften Immobilien gebunden sind und damit lastenfrei gestellt werden.

Herr Barthel regt an, eine Zeitschiene bis zur endgültigen Entscheidung der Rest-SWFG zu formulieren.

Frau Gurske bestätigt die nächsten Termine mit dem Ministerium des Innern des Landes Brandenburg Anfang Mai 2013 und die Aufsichtsratssitzung am 22. Mai 2013. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft könnten dann die Abgeordneten über den Stand zur Rest-SWFG informiert werden. Eine konkrete Zeitschiene möchte sie momentan nicht benennen.

Frau Borgwardt schlägt vor, bei der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft über eine Zeitvorgabe der Rest-SWFG zu sprechen.

Herr Trebschuh weist darauf hin, dass diese Informationsvorlage als Diskussionsgrundlage dienen soll und den Gremien die verschiedenen Varianten vorgestellt werden.

Frau Borgwardt befürwortet die Weiterführung der Rest-SWFG in einer abgespeckten Form, Variante 4 - Alternative Weiterführung der Rest-SWFG. Sie regt an, die Wohnungen des Biotechnologieparks zu verkaufen. Es sollte nicht im Sinne eines Landkreises sein, Wohnungswirtschaft zu betreiben.

Herr Barthel wünscht sich einen besseren Gesellschaftervertrag mit dem neuen Geschäftsführer der Rest-SWFG als bisher und favorisiert die Variante 4.

Herr Kühnapfel gibt seine Stimme für die Variante 4 ab.

Herr Czesky vertritt die Meinung, dass es besser ist, erst das Gespräch mit dem Ministerium des Innern abzuwarten und es auf einen Monat mehr oder weniger nicht ankommt.

Dr. von der Bank möchte sich noch nicht endgültig festlegen, er tendiert zu den Varianten 3 oder 4, dabei sind die Vor- und Nachteile abzuwägen. Er stellt fest, dass nachdem die Rest-SWFG entkernt, Mitarbeiter in die Kreisverwaltung Teltow-Fläming übernommen, die Konzentration auf den Verkauf der MBS-Immobilien liegen sollte und dadurch die Lebensdauer der Rest-SWFG langfristig endlich ist. Wie in der Ausschusssitzung am 27.02.2013 angesprochen, sollten Verhandlungen mit der Stadt Luckenwalde zum Biotechnologiepark über eine finanzielle Beteiligung geführt werden, um den Kreishaushalt zu entlasten.

Frau Borgwardt schließt sich den Worten von Herrn Dr. von der Bank an. Eine weitere Möglichkeit wäre es, die Rest-SWFG mit anderen Gesellschaftern auszustatten.

TOP 7

Antrag der Fraktionen VF und CDU zur Verwendung der Erlöse aus dem Verkauf der MBS-Immobilien (4-1513/13-KT/1)

Herr Dr. von der Bank liest den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen VF und CDU zur Verwendung der Erlöse aus dem Verkauf der MBS-Immobilien vor. Dieser Beschlussvorschlag soll dazu dienen, eine Entscheidung zur Rest-SWFG voranzutreiben und nicht wie bisher, hinauszuzögern bzw. hin und her zu schieben.

Herr Trebschuh möchte folgende Sätze der Begründung richtigstellen: „In der Verwaltung des Landkreises wurde 2012 eine Planstelle geschaffen, sie ist mit Herrn Trebschuh besetzt. Diese Planstelle bzw. das Aufgabengebiet befasst sich ausschließlich mit der SWFG und deren Geschäftstätigkeiten.“ Er begründet, dass in der Kreisverwaltung des Landkreises Teltow-Fläming 2012 keine Planstelle, sondern das Amt Wirtschaftsförderung und Beteiligungsmanagement mit ihm in der Funktion als Amtsleiter geschaffen wurde. Des Weiteren befasst sich sein Amt unter anderem mit den Aufgabenfeldern ÖPNV, Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktpolitik und Tourismus.

Herr Barthel führt aus, dass er die im Beschlussvorschlag genannten Punkte 1, 2, 4 und 5 mittragen kann. Er weist darauf hin, dass zum Punkt 3 noch keine Entscheidung zur Rest-SWFG getroffen wurde, so dass demzufolge auch keine Entscheidung über den Verbleib der Mitarbeiter getroffen werden kann.

Herr Dr. von der Bank gibt zur Kenntnis:

- Der Betreff „Dringlichkeitsantrag“ wird umbenannt in „Antrag“.
- Der Punkt 3 wird gestrichen.
- Der Punkt 4 wird zu Punkt 3.
- Der Punkt 5 wird zu Punkt 4.
- Bei Punkt 4 wird das Datum „17. Juni 2013“ geändert in 09.09.2013.
- Die beiden Sätze in der Begründung „In der Verwaltung des Landkreises wurde 2012 eine Planstelle geschaffen, sie ist mit Herrn Trebschuh besetzt. Diese Planstelle bzw. das Aufgabengebiet befasst sich ausschließlich mit der SWFG und deren Geschäftstätigkeiten.“ werden gestrichen.
- Der Antrag mit den o. g. Änderungen wird neu eingereicht.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Stimmenthaltung: 0

TOP 8

Haushalt 2013 und Beschlussempfehlung an den Kreistag

Frau Borgwardt erörtert, dass bereits die Produkte des Amtes Wirtschaftsförderung und Beteiligungsmanagement ausführlich in der letzten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft am 27.02.2012 vorgestellt wurden.

Herr Trebschuh berichtet, dass in seinem Amt nicht in jedem Produkt eine Kürzung der pauschalen Minderausgabe in Höhe von 2,6 % vorgenommen werden kann, da einige Produkte stark an KT-Beschlüsse sowie durch Zuwendungsbescheide im Rahmen der ESF-Mittel an die jeweiligen Förderrichtlinien gebunden sind. So werden z. B. im Produkt ÖPNV die kreislichen Zuschüsse durch die Zuweisungen vom Land, den Nahverkehrsplan und die Verkehrsverträge beeinflusst. Eine Verringerung der kreislichen Zuschüsse hätte die Nichterfüllung der Verkehrsverträge und später die Senkung der Landeszuweisungen zur Folge. Damit wäre die Qualität des ÖPNV beeinträchtigt.

Herr Kühnapfel äußert sich, dass im Haushaltsplan 2013 mehr Einnahmen in Höhe von 11 Mio. € sowie mehr Ausgaben in Höhe von 15 Mio. € vorgesehen sind. Davon eine Kürzung in Höhe von 2,6 % vorzunehmen, ist sicherlich eine leichte Sache. Wichtig ist es, eine schwarze Null im Kreishaushalt zu erreichen und eine Erhöhung der Kreisumlage zu verhindern. Er plädiert für eine vorläufige Haushaltsplanung in diesem Jahr mit dem Ziel, eine Einsparung zu verzeichnen.

Herr Barthel betont, dass bei einigen Positionen unbedingt der Rotstift angesetzt werden muss. Bei der vom Landkreis Teltow-Fläming mit der SWFG mbH abgeschlossenen Zielvereinbarung 2011 - 2013 wurde vereinbart, dass diese Gesellschaft ein Zuschuss in Höhe von 1.000.000,0 € erhält. Er vertritt die Meinung, dass nur eine Zahlung des Zuschusses in Höhe von 500.000,00 € vertretbar ist, um die Sanierung des Kreishaushaltes voranzutreiben. Bei der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH würde er keine Kürzung befürworten, damit die Qualität des ÖPNV aufrechterhalten wird.

Frau Gurske weist darauf hin, dass sich die SWFG mbH bis zum Ende des Jahres 2013 auf die geltende Zielvereinbarung berufen kann. Sie teilt mit, dass sie mit dem Innenministerium des Landes Brandenburg besprechen wird, inwieweit im zweiten Halbjahr Zuschüsse als Darlehen gewährt werden können.

Herr Barthel macht darauf aufmerksam, dass eine Evaluierung der bisherigen Zielvereinbarung der beiden Gesellschaften SWFG mbH und FGS mbH zum 01.01.2014 erforderlich ist.

Herr Trebschuh bestätigt, dass - sofern die SWFG mbH weiterbesteht - eine neue Zielvereinbarung ab 01.01.2014 abgeschlossen wird. Dies trifft ebenfalls für die FGS mbH zu.

Herr Barthel möchte wissen, wie bei den anderen Gesellschaften des Landkreises Teltow-Fläming die aktuelle Haushaltssituation ist.

Herr Trebschuh berichtet, dass die BADC GmbH (Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH) einen Zuschuss in Höhe von 3.000,00 € erhält. Grundlage für die Beteiligung des Landkreises Teltow-Fläming als Gesellschafter der BADC GmbH ist der Beschluss Nr. 3-1205/08-III des Kreistages vom 18.02.2008. An die VTF mbH wird aufgrund des Verkehrsvertrages die Zahlung von Kreismitteln vorgenommen. Die LUBA mbH bekommt keinen Zuschuss vom Landkreis Teltow-Fläming und hat auch in der Vergangenheit keine finanziellen Mittel erhalten. Er informiert, dass ein positiver Ausgang des Sanierungsverfahrens zu erwarten ist

Herr Barthel empfiehlt, bei der Erarbeitung der Zielvereinbarung für die SWFG mbH eine Kündigungsregelung von drei Jahren zu berücksichtigen. Er hält es für wichtig, eine außerordentliche Kündigungsfrist aufzunehmen.

Herr Trebschuh bekräftigt, dass der Landkreis Teltow-Fläming bei den beiden Gesellschaften mit 97 % Hauptgesellschafter ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	5
Stimmenthaltung:	0

TOP 9

Verschiedenes

Frau Gurske teilt mit, dass am 23.04.2013 die Sitzung der Arbeitsgruppe der Bürgermeister zum Haushalt in Trebbin stattfand. Die Bürgermeister haben ihren Wunsch vorgetragen, dass die Kreisumlage bei 47 % bleibt. Dabei hat die Verwaltung des Landkreises Teltow-Fläming nachvollziehbar argumentiert, dass eine Erhöhung auf 48 % notwendig ist und eine Kürzung der pauschalen Minderausgabe in Höhe von 2,6 % angewiesen wird.

Herr Trebschuh informiert, dass am 18.04.2013 ein Workshop mit Bürgermeistern zum Thema „Planungsrechtliche Grundlage für alternative Energien“ stattfand. Organisiert wurde dieser Workshop vom Amt Wirtschaftsförderung und Beteiligungsmanagement, an dem Herr Lechleitner vom Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Herr Knauer von der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming sowie die Kreisverwaltung Teltow-Fläming mit den verschiedenen Ämtern teilnahmen. Er teilt mit, dass nahezu alle Kommunen vertreten waren.

M. Borgwardt
Die Vorsitzende

V. Kuhrmann
Schriftführerin